

Amer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Inserate die Verwaltungen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. G. Quack. Druck: Druckerei des Tagesblattes, Leipzig. Preis: 1 Mark monatlich, 10 Mark vierteljährlich, 30 Mark halbjährlich, 100 Mark jährlich. Postamt: Leipzig Nr. 1000.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 258

Donnerstag, den 3. November 1932

27. Jahrgang

Die aggressive Haltung Bayerns

Das Reichskabinett und Hells Rede gegen die „Verpreußung“

Berlin, 1. Nov. Die Rede, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Hells gestern in Stuttgart gehalten hat, findet in Berliner politischen Kreisen einen lebhaften Widerhall. Eine offizielle Antwort wird aber nicht erfolgen. Als Begründung dafür wird angegeben, daß man es vermeiden möchte, auf die ungewöhnliche Tonart zu erwidern, in der der bayerische Ministerpräsident die Reichsregierung und ihre Maßnahmen angegriffen hat. Es erscheint aber nicht als ausgeschlossen, daß die Rede Dr. Hells gewisse Konsequenzen in dem Verhältnis zwischen der Reichs- und der bayerischen Staatsregierung haben wird. Der Eindruck, den man von der Stuttgarter Rede in Berliner Kreisen hat, ist um so bitterer, als die Reichsregierung immer wieder den größten Wert darauf gelegt hat, die Beziehungen zu Bayern als dem zweitgrößten deutschen Land so eng wie möglich zu knüpfen und den bayerischen Auffassungen und Wünschen tunlichst entgegenzukommen. Das ist besonders deutlich bei dem Staatsbesuch des Reichskanzlers in München zum Ausdruck gekommen. Reichskanzler von Papen hat auch gerade von München aus — vor den bayerischen Industriellen — eine seiner wichtigsten Reden gehalten. Die gleiche Verbundenheit mit Bayern kam zum Ausdruck, als Reichsernährungsminister von Braun vor den bayerischen Bauern, ebenfalls in München, das große Agrarpro-

gramm der Reichsregierung entwickelte. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß auch der Reichsinnenminister Freiherr von Gahl sein Bekenntnis gerade für die bayerischen Interessen durch die Vereinfachung des bayerischen Hilfsgebietes bekundet hat. Die Aufnahme, die alle drei Mitglieder der Reichsregierung nicht nur bei den offiziellen Stellen, sondern besonders herzlich auch in der bayerischen Bevölkerung gefunden haben, hätte nach Auffassung politischer Kreise der Reichshauptstadt eigentlich eine andere Stellungnahme des bayerischen Ministerpräsidenten erwarten lassen. Um so mehr wird es bedauert, wenn die überaus krasse Stellungnahme des Ministerpräsidenten Hells in der Zusammenarbeit zwischen Reich und Bayern notwendig ihre Konsequenzen nach sich ziehen muß.

München, 1. Nov. In einer Wählerversammlung der Bayerischen Volkspartei in Bad Tölz wandte sich Staatsrat Schäffer, der Parteivorstand der Bayerischen Volkspartei, gegen den „durch die Regierung Papen herausbeschworenen Verfassungskampf“ und erklärte, bei einer Personalunion Reich-Preußen lämen im Reichsrat unweigerlich die Länder ins Hintertreffen. In diesem Zusammenhang sprach Staatsrat Schäffer von einem neuen Plan der Initiative Bayerns im Kampfe der Länder um ihre Selbständigkeit. Der Plan werde dem Landtag nach den Wahlen vorgelegt werden.

Robbottverförmung und Kontingentspolitik

Von Dr. K. G. Quack

Sehr geehrter Herr Dr. Quack, der bekannte deutschnationale Wirtschaftspolitiker, hat bekanntlich in der vergangenen Woche in Aue einen Vortrag vor einem geladenen Kreise von Persönlichkeiten aus der einheimischen Wirtschaft gehalten. Im Anschluß an unseren Bericht über diese Versammlung veröffentlichten wir die Beschriftung eines der bedeutendsten ergebnisreichen Industriellen, der sich mit den Ausführungen von Dr. Quack zur Kontingentspolitik befaßte und sie vom Standpunkt des gegen die Kontingentspolitik eingestellten Industriellen aus scharf kritisierte. Der Quack stellt uns darauf mit der Bitte um Veröffentlichung folgenden Artikels zur Verfügung.

Maßnahmen wie die Kontingente sind niemals an sich erwünscht. Sie sind Schutzmaßnahmen, die uns durch die Lage, namentlich durch das Vorgehen unserer Nachbarn, aufgezwungen werden. Einige der europäischen Länder haben sich inzwischen mit uns geeinigt, andere, wie z. B. die Niederlande, legen das Einfuhrverbot fort. Das hierdurch eine schwere Beunruhigung in unseren Außenhandel gebracht wird und viele Export- und Importfirmen Schwierigkeiten haben, wird kein Verständiger bestreiten. Bedauerlich dabei ist, daß die deutsche Politik noch alter, schlechter Gewohnheit sich fast völlig passiv verhält. Man läßt die Vorwürfe der Gegner auf sich niederprasseln, ohne auch nur darauf hinzuwirken, daß nicht wir, sondern andere uns zu dem Kontingentsystem gezwungen haben. Noch bedauerlicher ist es, daß viele deutsche Firmen und Verbände sich nicht damit begnügen, ihre Vorstellungen der deutschen Regierung zu unterbreiten, sondern sich verführen lassen, in der Öffentlichkeit die Partei des Auslandes zu nehmen. Man muß das vergleichen mit der Haltung der ausländischen Wirtschaftskreise bei handelspolitischen Auseinandersetzungen. Draußen pflegt man höchst selten sich in dieser Weise eine Bißze zu geben. Endlich vergessen wir selber immer wieder die schwachen Punkte der Gegner. Man spricht z. B. davon, daß die Holländer uns weit mehr Ware abnehmen, als wir ihnen, dabei weiß jeder Sachkundige, daß unsere Ausfuhr nach Holland zu einem großen Teil Durchgangsware ist, daß es sich also hier um deutsche Ware handelt, die Holland gar nicht selbst abnimmt, sondern nur vermittelt. Niemand weiß besser als die Holländer, daß wir nicht etwa auf die holländischen Wege angewiesen sind! Es erscheint jetzt angebracht, die Holländer auf die Kontingente der Es Rotterdam und Antwerpen hinzuweisen, oder noch besser darauf, daß wir aus Rücksicht auf die holländischen Häfen lange nicht genug tun, um den deutschen Verkehr über die deutschen Nordseehäfen zu lenken. Wir müssen der holländischen Wirtschaft durchaus den Rat geben, den Bogen nicht zu überspannen. Bei einer Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern würde Deutschland ganz bestimmt nicht der am meisten Leidtragende sein.

Ein anderer Fehler der Regierungspolitik ist es zweifellos, daß man die Kontingentspolitik gerade dort nicht angewendet hat, wo sie am notwendigsten ist, nämlich gegenüber denjenigen Ländern (meist Überseeländern), die weit mehr an uns verkaufen, als sie uns abnehmen. Dazu gehören z. B. die Vereinigten Staaten. Nicht nur, daß sie an uns weit mehr verkaufen, als sie von uns kaufen. Sie fordern von uns Schutzgüter, die wir gar nicht anders abtragen können, als durch Warenexporte.

Nun aber zu den Lebensinteressen, um denen wir die Kontingentspolitik überhaupt anwenden. Auf den Zusammenhang zwischen Kontingentspolitik, Schuldenregelung und Devisenwangs-wirtschaft habe ich bereits wiederholt hingewiesen. In der Tat gehört zur Reform der deutschen Wirtschaft alles drei. Wir können die Abwertung unseres Betriebskapitals durch den Druck auf Rückzahlung der Auslandskredite einfach nicht länger ertragen. Man muß eine ernste Warnung und Warnung an die Reichsbank richten. So viel ist doch klar, daß die deutsche Wirtschaft in den Anfängen ihres Wiederaufstiegs gelähmt wird, wenn man ihr gleichzeitig zumutet, mehr Leute einzustellen und mehr zu produzieren, ihr auf der anderen Seite aber die Wirtschaftskredite kürzt. In welchem Umfange das geschieht, zeigen die Reichsbankausweise. Zwischen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und der Kreditpolitik der Reichsbank liegt ein Widerspruch, der auch heute noch nicht vollständig, sondern höchstens in Worten überbrückt worden ist. Nach den letzten Kummern der Zentralnotenbanken sind ihre Anlagen im Wechsel vom 15. September bis zum 15. Oktober um etwas mehr als 100 Millionen zurückgegangen. Die Sorge um die Liquidität der Banken erklärt vielfach das Gefühl für die Lebensbedürfnisse der schaffenden Wirtschaft. Wer die Dinge einigermaßen kennt, der weiß, welche ungeheure Erregung in der Industrie, namentlich in der kleinen und mittleren Industrie, über diese Zustände herrscht.

Ein weiteres: Unsere Industrie braucht ausländische Rohstoffe, und es ist ganz klar, daß wir auf diese Lebensbedürfnisse in unserer Einfuhrpolitik sorgfältig Rücksicht nehmen müssen. Was fähren wir aber ein? Ich bitte den Leser, sich die Mühe zu machen, folgende Zahlen zu lesen und zu würdigen. Im folgenden ist die Nettozufuhr an Rohstoffen der Nettozufuhr an Lebensmitteln gegenübergestellt (d. h. also die Einfuhr nach Abzug der Ausfuhr in den gleichen Warengruppen). Man sollte meinen, daß ein Land in der Lage Deutschlands, das so schwer an das

Das sozialdemokratische Volksbegehren

Noch keine Entscheidung

Berlin, 1. Nov. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte vor einigen Monaten ein Volksbegehren auf Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung der Reichsnotverordnung beim Reichsinnenminister beantragt. Eine Entscheidung über die Zulassung dieses Volksbegehrens ist noch nicht gefallen. Wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, ist diese Verzögerung darauf zurückzuführen, daß die Zulassung dieses Volksbegehrens eine Reihe von Rechtsfragen aufwirft, die einer gewissenhaften Prüfung bedürfen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind solche Volksbegehren unzulässig, die den Staat des Reiches berühren. Die Klärung dieser Frage ist bei dem sozialdemokratischen Volksbegehren besonders schwierig und macht umfangreiche Besprechungen innerhalb der verschiedenen Reichsressorts notwendig. Solche Besprechungen fanden auch in diesen Tagen wieder statt. Die Entscheidung über die Zulassung des Volksbegehrens wird in der nächsten Zeit, allerdings kaum noch vor den Wahlen, fallen. Angeht die Schwierigkeiten wird aber in diesem Falle der Innenminister kaum allein die Entscheidung fällen, sondern es ist zu erwarten, daß das Gesamtkabinett zu dem Volksbegehren Stellung nimmt und über Zulassung oder Nichtzulassung entscheidet.

Drei Reichswahlvorschläge gestrichen

Berlin, 1. Nov. Die Prüfung der Reichswahlvorschläge durch den Reichswahlprüfungsausschuß hat die Zurückweisung dreier Vorschläge ergeben. Der Ausschuß kann Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl nur unter der Voraussetzung zulassen, daß Reichswahlvorschläge zugelassen werden sind, die sich an diese Reichswahlvorschläge anschließen. Diese Voraussetzung ist für die Reichswahlvorschläge Nr. 22 „Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Oberschlesien-, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer)“, Nr. 23 „Deutsche Kaiserpartei“ und Nr. 24 „Deutsche Präsidialpartei“ nicht erfüllt worden. Diese Reichswahlvorschläge wurden gestrichen.

Die Finanzierungsverhandlungen der Reichspostbestellungen

Berlin, 1. Nov. Der schleppende Verlauf der Anleiheverhandlungen der Reichspost zur Finanzierung ihrer Beteiligung am Arbeitsbeschaffungsprogramm beweist, daß die Geldgeber im Augenblick, d. h. so kurz vor wichtigen Wahlen, sich zu Geldhergaben kaum entschließen können. Die Verhandlungen werden nach Informationen des V.D.Z.-Handelsdienst weitergeführt, mit dem durchaus erreichbaren Ziel, eine Anleihe von maximal 60 Millionen Reichsmark zu bekommen. In dieser Erwartung hat die Post, um an der Untervorbereitung gebührend beteiligt zu sein, etwas über die Hälfte des 60-Millionen-Mark-Pro-

jektes realisiert, d. h. für mehr als 30 Millionen RM. Aufträge an Industrie und Handel in die Wege geleitet und herausgegeben.

Steigende Reichsbahneinnahmen

Die Reichsbahn kann im Oktober eine wenn auch geringe Steigerung der Einnahmen verzeichnen. Während im August und September ein Tagesdurchschnitt von rund 10,5 Mill. RM. auf der Einnahmeseite erreicht werden konnte, stieg die Durchschnittszahl im Oktober auf rund 11 Mill. RM. an. Bemerkenswert ist diese Steigerung insofern, als in den Vorjahren der Oktober gegenüber dem September stets einen geringen Rückgang aufwies. Trotz der zu verzeichnenden geringen Besserung sei jedoch die Situation immer noch als trostlos zu bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß noch im September 1929 der Tagesdurchschnitt 19,9 Mill. RM., im Oktober 19,2 Mill., in den gleichen Monaten 1930 16,7 bzw. 16,3 Mill. RM., 1931 13,7 bzw. 13,6 Mill. RM. betrug.

Weiterer Rückgang der Konturte und Vergleichsverfahren im Oktober

Berlin, 1. Nov. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Oktober 1932 durch den „Reichsanzeiger“ 459 neue Konkurse — ohne die wegen Reifestmangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 262 eröfnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 480 bzw. 306.

Politischer Zusammenstoß in Hamburg

Hamburg, 1. Nov. Im Stadtteil St. Georg kam es in der Nacht zum Dienstag zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Nationalsozialisten zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf Schüsse fielen. Ein Angehöriger der NSDAP erhielt einen Bauchschuß. Die Polizei nahm drei Personen fest.

Arbeitsniederlegung beim Freiwilligen Arbeitsdienst

Altona, 1. Nov. Im Altonaer Freiwilligen Arbeitsdienst haben über 1000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die von der Stadt gestellte Sonderzulage von 1 RM. auf Grund der neuen Reichsbestimmungen nicht mehr gezahlt werden kann.

Buchdruckerstreik in Danzig

Danzig, 1. Nov. Seit längerer Zeit schweben zwischen den Buchdrucker-Gewerkschaften und dem Danziger Zeitungsvorlegerverein Verhandlungen wegen Einführung der 40-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Beibehaltung der alten Lohnsätze. Von den Verlagen ist diese Forderung abgelehnt worden. Am Montag haben die Buchdrucker-Gewerkschaften mit einer Mehrheit von zwei Stimmen den Beschluß gefaßt, in den Streik zu treten. Von diesem Streik sind sämtliche Danziger Zeitungen betroffen.